



Foto: Igmütz Igel

Kölns Wohnungsbau ankurbeln

Mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen!

Für Köln als Wachstumsstadt ist die Erreichung dieses Ziels eine der wichtigsten Zukunftsherausforderungen für den sozialen Frieden in der Stadt und die Sicherung des Wirtschaftsstandorts.

Wie ein roter Faden ziehen sich die Bemühungen der rot-grünen Koalition durch die vergangene Wahlperiode.

Hier die wichtigsten bereits gefassten Beschlüsse:

- Auf städtischen Grundstücken müssen mindestens 30% öffentlich geförderte Wohnungen gebaut werden.
- Dafür werden die Grundstückspreise für den öffentlich geförderten Wohnungsbau um 25% reduziert.
- Es wurden neben den Landesdarlehen zusätzliche Mittel im städtischen Haushalt für 350 öffentlich geförderte Wohnungen jährlich bereitgestellt.

Hohe Renditeerwartungen für freifinanzierten Wohnraum und sinkende Zinsen führten allerdings dazu, dass die öffentlichen Darlehen für Investoren wenig attraktiv waren.

Seit Mai dieses Jahres gelten aber verbesserte Förderbedingungen des Landes, wie die Erhöhung der Mietobergrenze auf 6,25 Euro und flexiblere Rahmenbedingungen in der Landesförderung. Die Folge ist ein gestiegenes Interesse der Investoren.

Gleichwohl reichen diese Anreize nicht aus.

Selbst die CDU im Kölner Rat hat dies begriffen

und denkt über weitere Anreize nach.

Kooperatives Baulandmodell

Die rot-grüne Koalition hat bereits 2005 den Vorschlag gemacht, ähnlich wie andere große Wachstumsregionen in Deutschland ein Planungsmodell zu entwickeln, welches den planungsbegünstigten Investoren einen Teil der Lasten auferlegt.

Dieses sogenannte kooperative Baulandmodell wurde von der Verwaltung geprüft, und mit den Akteuren der Immobilienwirtschaft in den letzten Jahren immer wieder zum Beispiel im Wohnungsbauforum erörtert, um eine möglichst große Akzeptanz zu erreichen.

Die Konsensbildung ist zugegebenermaßen schwierig, denn immerhin handelt es sich um eine finanzielle Beteiligung der Vorhabenträger und eine Abschöpfung von Planungsgewinnen.

Die Verwaltung hat jetzt endlich einen Vorschlag, der auf die Kölner Situation zugeschnitten ist, vorgelegt. Wichtigstes Ziel ist die Schaffung von einem fest zu vereinbarenden Anteil von öffentlich gefördertem Wohnungsbau bei allen Wohnungsbauprojekten von 30%.

Ein weiteres Ziel ist die Einmischung von preiswerten Wohnungen in die hochpreisigen Wohnungsteilmärkte der Stadt. Gerade in Köln ist die soziale Entmischung in arme und reiche Quartiere zunehmend ein Problem.

Der endgültige Beschluss wird bis Dezember zwischen den Fraktionen beraten und

dann im Rat verabschiedet. Er gilt vom Tag des Ratsbeschlusses an für alle Bebauungsplangebiete.

Sonderprogramm

Für die Übergangszeit wird der Rat außerdem ein Anreizsystem auf freiwilliger Basis verabschiedet. Die Verwaltung schlägt zwei Alternativen vor: Es soll entweder ein einmaliger Zuschuss von 10 000 Euro für jede öffentlich geförderte Wohnung in den hochpreisigen Lagen Kölns oder alternativ pro qm entsprechend 150 Euro Zuschuss gezahlt werden. Uns scheint die zweite Alternative gerechter, um mehr preiswerten Wohnraum z.B. auch für junge Familien zu schaffen.

Zu den attraktiven Lagen gehören aber nicht in erster Linie die Villenlagen in Hahnwald, Marienburg oder Teilen von Lindenthal, sondern vor allem die Innenstadt und ein Gürtel von nachgefragten Vierteln rund um die Innenstadt.

Soziale Erhaltungssatzungen

Um die Mieten in den Beständen vor Steigerung durch Luxussanierungen zu schützen, ist die Verwaltung zusätzlich aufgefordert worden, zu prüfen, welche Viertel für den Schutz von angestammten sozialen Milieus in Frage kommen.

Alle Förderinstrumente müssen regelmäßig alle zwei bis fünf Jahre auf ihre Wirksamkeit hin überprüft und gegebenenfalls korrigiert werden.

Barbara Moritz

Keine Dauerlösung

Das neue Domizil für das „Autonome Zentrum“ (AZ) ist eine Zwischennutzung. Der Verbleib am Eifelwall und ab 2015 an der Luxemburger Straße ist zeitlich eng befristet. Ab 2014 wird auf dem städtischen Grundstück am Eifelwall das Historische Archiv gebaut. Ab 2019 soll der Grüngürtel verlängert werden. Die politisch sinnvollen Verhandlungen führten zu keiner Dauerlösung. Ab sofort steht daher die Suche nach einem langfristig nutzbaren Ort für das AZ auf der Tagesordnung.

Angesichts der verhärteten Positionen im Rat am 18. Juli ist die Verhandlungslösung ein Erfolg für die AZ-Betreibenden - aber auch für alle, denen an einer Stadtgesellschaft gelegen ist, die auch solchen kulturellen und politischen Aktivitäten Raum geben möchte. Eine Stadt, die Metropole sein will, muss auch jungen Menschen, die einen selbstverwalteten und nicht-kommerziellen Raum suchen, dafür Platz bieten können. Nicht zuletzt wurde durch die Verhandlungslösung einer unkalkulierbaren Gewalt-Eskalation mit Folgewirkungen der Boden entzogen. Mit einer polizeilichen Räumung wäre der Konflikt keineswegs zu Ende gewesen, sondern hätte die Stadt länger belastet. Auch das ist ein nicht zu unterschätzender Erfolg.

Politisch wird das Ergebnis im Rat



nur von einer hauchdünnen Mehrheit getragen. Letztlich überwog trotz innerer Zerrissenheit bei der SPD die Einsicht für eine Verhandlungslösung. Die AZ-Aktivistinnen konnten die Erfahrung machen, dass in einer zivilen Gesellschaft Dialog und Vereinbarungen Erfolg versprechen. Auf beiden Seiten hat also ein Lernprozess begonnen. Die GRÜNEN erwarten nun vom AZ Vertragstreue.

Mit dem Umzug des AZ an den Eifelwall wurde aber auch ein neues Problem geschaffen. Ein Verbleib des AZ im Rechtsrheinischen wäre realisierbar gewesen, was an der SPD scheiterte. Aber wer A sagt, muss auch B sagen. Das Finden eines langfristigen Orts für das AZ ist nicht minder eine Pflichtaufgabe für die SPD. *Jörg Frank*

Keine Einsparung für freie, moderate für städtische Bürgerzentren

Intelligent gespart

Kommentar von Ossi Helling

Im Frühjahr 2013 wurde die rot-grüne Ratsmehrheit mit einer Welle von Protesten konfrontiert. Die Verwaltung hatte einen Haushaltsentwurf vorgelegt, der auch im sozialen Netz der Stadt zum Zusammenbruch von Strukturen geführt hätte. Ein Kritikpunkt war z.B. die geplante Zuschuss-Reduzierung für die großen Bürgerhäuser ab 2014 um 1,1 Mio. Euro. Bei einem Gesamtzuschuss von ca. 8 Mio. hätten 1,1 Mio. Euro bedeutet, drei von 11 Bürgerzentren ersatzlos schließen oder die Zuschüsse vorwiegend für die freien Bürgerzentren massiv kürzen zu müssen.

Ohne ausreichende städtische Grundfinanzierung ist es insbesondere den freien Häusern aber gar nicht möglich, hundertausende Euro Eigen- und Fremdmittel zusätzlich zu mobilisieren. Ohne sie kann offene Kinderarbeit, können Projekte, die Jugendlichen Orientierung geben, können Projekte, die älteren Menschen ein Stück Heimat geben, nicht mehr durchgeführt werden.

Die GRÜNE Ratsfraktion hat frühzeitig signalisiert, dass ein „Kaputtsparen“ für die Bürgerzentren abgewendet

w e r d e n

m u s s .

Letztlich hat die

rot-grüne

Ratsmehrheit im

Rahmen des

Haushaltsbeschlusses

die Kürzung für

die Zentren von 1,1

Mio. auf 260.000

Euro erheblich ab-

gesenkt.

Tarifsteigerungen noch steigende Mietnebenkosten.

In den vier städtischen Häusern wird es geringfügige Personalreduzierungen geben, die durch Umorganisation aufgefangen werden können. Für die Häuser in Deutz, Kalk, Chorweiler und in der Südstadt (Stollwerck) sind geringe Sachmittelkürzungen vorgesehen, so z.B. für Stollwerck 7.500 Euro. Für alle vier Häuser werden Mittel für Bauunterhaltung um durchschnittlich 15.000 Euro pro Haus reduziert. Schließlich sollen die Nutzungsgebühren moderat erhöht werden, um 75.000 Euro Mehreinnahmen zu erreichen.

Ende August griff die Presse diese geplante Erhöhung auf und verbreitete dazu massive Fehlinformationen: „Stadt will Gebühren um bis zu 600% erhöhen“. Am Folgetag behauptete dann ohne eigene Recherche die CDU prompt: „Zerstörung der Vielfalt bürgerschaftlichen Engagements“.

Die Realität sieht anders aus: Die Miete für den großen Saal im Stollwerck wurde von 100 auf 115 Euro pro Stunde erhöht. Die Miete für die Kegelbahn im Stollwerck wurde von bisher



Foto: Regina Kobold

Konkrete Maßnahmen zu Erzielung dieser Einsparung blieben offen. Die Verwaltung hat nun eine Beschlussvorlage eingebracht, die - wie es der Kabarettist Jürgen Becker einmal forderte - „intelligent spart“. Alle freien, nichtstädtischen Häuser erfahren keine Zuschusskürzung. Bei diesen Häusern berücksichtigen die städtischen Zuschüsse seit etlichen Jahren weder

minimalen 9 auf 12 Euro pro Stunde erhöht. In Deutz muss man statt 20 jetzt 22 Euro pro Stunde für den großen Saal bezahlen. Nach der Erhöhung liegen die Mieten immer noch weit unterhalb aller kommerziellen Saalvermietungen. Weiterhin gilt, dass für sozial schwächere Mietende Gebühren ganz oder teilweise erlassen werden können.

Menschenwürdige Unterbringung erfordert gesamtstädtischen Kraftakt

Prekäre Lage der Flüchtlingsunterbringung in Köln

Gastkommentar von Claus-Ulrich Pröbß*

Viele Kommunen ächzen, dass immer mehr Flüchtlinge untergebracht und versorgt werden müssen. Auch in Köln hat sich die Unterbringungssituation dramatisch zugespitzt: Die städtischen Unterkünfte in den Wohnheimen und Notunterkünften sind mit über 2.350 Menschen völlig ausgelastet und über 600 Flüchtlinge wurden bereits in sogenannten Hotels untergebracht. Per Dringlichkeitsentscheidung wurde zuletzt der Ausbau der Notunterkunft in der Herkulesstraße bis zum Winter 2013 beschlossen. Der „Runde Tisch für Flüchtlingsfragen“ hatte zuvor zähneknirschend zugestimmt. Zähneknirschend deshalb, weil die mit dem Ausbau verbundene zusätzliche Belegung dieser Unterkunft die im städtischen Unterbringungskonzept festgelegte Bewohneranzahl von maximal 50-80 Personen bei weitem übersteigt.

Und die Ereignisse überschlagen sich weiter: Entgegen der Diskussions- und Beschlusslage des „Runden Tisches“ werden Flüchtlinge jetzt auch in Containern auf dem Gelände der Herkulesstraße untergebracht. Dies entspricht erst recht nicht den Regeln des Unterbringungskonzeptes, das, als es vor fast 10 Jahren vom Rat beschlossen wurde, eigentlich Schluss machen wollte mit maroden Heimen, Containern und großen Lagern. Zudem werden jetzt sogar auch nach Köln zugewiesene Flüchtlinge und ihre Familien, also Menschen, die sich für eine lange Zeit oder für immer hier aufhalten werden, in den beiden Notunterkünften der Stadt untergebracht.

Ein Unding

Die Flüchtlingszahlen steigen seit Jahren. In den ersten acht Monaten dieses Jahres wurden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bereits insgesamt 62.464 Asylerstanträge gestellt. Rund 50% der Antragstellenden kamen aus der Russischen Föderation, Syrien, Afghanistan, Iran, Irak und Somalia. Nach der Antragstellung werden die Flüchtlinge nach dem „Königsteiner Schlüssel“ auf die Bundesländer verteilt. So gilt für das Land NRW eine Aufnahmequote von rd. 21,22%. Die 396 Städte und Gemeinden in NRW wiederum sind nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz des Landes verpflichtet, die ihnen zugewiesenen Flüchtlinge aufzunehmen und unterzubringen. Die Kommune kennt zwar ihre Aufnahmequote, nicht aber die konkrete Anzahl der Personen, die ihr in Zukunft zugewiesen werden.

Allerdings gibt es Entwicklungen und Trends, die eine Kommune berücksichtigen müsste:

- Die Zahl der Asylanträge steigt in Deutschland seit 2008, nämlich von 28.018 (2008) auf 77.651 (2012).



Foto: Regina Kobold

- Entsprechend stieg auch die Anzahl der Zuweisungen von Asylsuchenden nach Köln von 131 (2008) auf 655 (2012). In diesem Jahr wird die Zahl von 2012 wieder übertroffen werden.
- Die Anzahl der Zuweisungen von sogenannten unerlaubt eingereisten Flüchtlingen ist dagegen erheblich niedriger, aber dennoch ansteigend, nämlich von 14 (2009) auf 81 Personen (2012). 2013 dürfte die Grenze von 100 überschritten werden.
- Die Anzahl der in den beiden Notunterkünften bis zu ihrer Zuweisungsentscheidung vorübergehend untergebrachten unerlaubt eingereisten Flüchtlinge beträgt in den letzten Jahren zwischen rund 900 und 1.200 Personen.
- Zunächst rund 60 syrische Flüchtlinge werden aus dem „5.000er“-Kontingent in Köln aufgenommen werden. Weitere werden folgen.

Obwohl man die Zugangszahlen nicht seriös vorhersehen kann, gibt es also seit Jahren eindeutige Belege und Hinweise dafür, dass die Zahlen weiter steigen und nicht sinken. Diese Entwicklung ist in der Vergangenheit verschlafen worden.

Also was tun? Was tun!

Eines ist klar: Die Sozialverwaltung tut

ihr möglichstes, und das engagiert und transparent. Alleine kann sie aber das Problem nicht lösen.

Nein, in der Stadt mangelt es als erstes am Machtwort des Oberbürgermeisters. Er muss auf den Stadtvorstandstisch klopfen und die relevanten Dezer-

nate zur Zusammenarbeit verpflichten. Es kann einfach nicht wahr sein, dass es in der Millionenstadt keine für die Flüchtlingsunterbringung geeigneten Grundstücke oder Gebäude gibt. Es kann einfach nicht wahr sein, Flüchtlinge wieder wie anno dazumal in irgendwelche Container zu stecken. Es kann einfach nicht wahr sein, dass die Stadt so kurzsichtig ist, das Geld lieber für horrenden Hotelkosten auszugeben, anstatt es in Neubauten zu investieren. Anfang September wurde zwar auf Betreiben des OB eine „Task Force“ unter Vorsitz der Sozialdezernentin zur Unterbringung von Flüchtlingen ins Leben gerufen. Aber ist diese „Task Force“ auch wirklich das Gelbe vom Ei? Hat sie die Macht, Grundstücke zu rekrutieren und Häuser zu bauen? Kann sie Flüchtlinge in Wohnungen – die beste und billigste Unterbringungsform – vermitteln? Und ist sie in der Lage, für den dringend erforderlichen Ausbau der Beratungsstruktur zu sorgen?

Es bedarf eines gesamtstädtischen Kraftaktes, um Flüchtlinge und ihre Familien menschenwürdig unterzubringen. OB, die Dezernate und der Rat müssen hier an einem Strang ziehen. Die Verbände und freien Träger der Flüchtlingsarbeit stehen längst parat, um ihren Sachverstand und ihre Ideen einzubringen. *Gastautor Claus-Ulrich Pröbß ist Geschäftsführer des Kölner Flüchtlingsrates e.V.

Rat im Rückblick

von Ratsreporter Ignatz Igel

Die 47. Sitzung des Kölner Rates am 1. Oktober 2013 wurde durch die Antrittsrede der neuen Kulturbeigeordneten Susanne Laugwitz-Aulbach eröffnet. Sie bat die Ratsmitglieder „um Unterstützung, um Ihre Aufgeschlossenheit und Ihre Entscheidungsfreudigkeit. Wenn es gilt, Beschlüsse zu fassen, die Kultur auch weiterhin zu stärken, mit finanziellen Mitteln, genauso wie mit produktiven Ideen.“

Wolgograd

Ein gemeinsamer Antrag von GRÜNEN, SPD, CDU und FDP wurde im Rat einstimmig beschlossen. In der letzten Zeit gab es vermehrt brutale Übergriffe, teilweise mit Todesfolgen, u.a. in Kölns Partnerstadt Wolgograd, gegen Lesben, Schwule und Transidenten. „Wir wollen das Gespräch mit den politisch Verantwortlichen in Wolgograd über die Situation von Lesben, Schwulen und Transgender suchen“, so Andreas Wolter im Rat.

Stadtdirektor wiedergewählt

Mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN, CDU, FDP, dem „freien Wähler“ Andreas Henseler und dem „Freund“ Thor Zimmermann wurde Guido Kahlen (SPD) bis maximal zum 30.11.2016 als Beigeordneter für Verwaltung, Ordnung und Recht sowie als Stadtdirektor wiedergewählt. Das Vorschlagsrecht übt laut rot-grüner Koalitionsvereinbarung für diese Position die SPD-Fraktion aus. Die im Sommer gestartete Suche für eine Nachfolge Kahlens endete ergebnislos. Laut SPD-Fraktionsführung fand sich keine Person, die geeignet gewesen sei, ein Dezernat mit solch umfangreicher Aufgabenbreite zu führen. Man werde aber weiter suchen.

Keine Extrawurst

Der CDU-Antrag, für Elektroautos kostenlose Parkplätze zur Verfügung zu stellen, wurde mehrheitlich abgelehnt. Bettina Tull (GRÜNE): „Parkgebühren werden nicht zum Spaß erhoben oder um Autofahrende zu ärgern, sondern weil Raum in der Stadt ein knappes Gut ist, das hart umkämpft ist. Deshalb machen wir auch keinen Unterschied zwischen den Antriebsarten. Natürlich sind wir nicht grundsätzlich gegen Elektromobilität, da sie auf Dauer zu weniger Emissionen in der Stadt und zu weniger Lärm führt. Wir setzen die Schwerpunkte aber anders als die CDU. Für uns heißt Elektromobilität in erster Linie öffentlicher Verkehr, also Schienenverkehr. Den wollen wir fördern und stärken.“

Wohnungen für Studierende

Die FDP wollte besonders pfiffig sein: Unter dem Deckmantel der Wohnungsbauförderung für Studierende beantragte sie, das städtische Grundstück Ecke Krefelder Straße/Innere Kanalstraße dafür zu nutzen. Die FDP verfolgte damit die Absicht, die dort seit 1995 lebenden „Bauwagenleute“



Foto: Stadt Köln

vertreiben zu können. Über 30 Menschen leben dort mit Duldung der Stadt in Wohn- und Bauwagen. Ohne ihnen eine geeignete Ersatzfläche anbieten zu können, wäre ein neuer politischer Konflikt absehbar. Die grüne Fraktion ist der Auffassung, dass es in einer Großstadt auch für eine solche Lebens- und Wohnform Platz geben müsse. Der an der Inneren Kanalstraße gelegene Grundstücksteil ist städtisch, der hintere Teil im Eigentum der Abfallwirtschaftsbetriebe (AWB). Jörg Frank (GRÜNE) erinnerte daran, dass sich die Fläche nur sehr eingeschränkt für Wohnungsbau eignet, was bereits in 2001 eine planungsrechtliche Prüfung ergab. Bei den AWB gibt es zudem Überlegungen, ihr Grundstück als ihren Betriebshof zu nutzen, da der Standort in der Alteburger Straße absehbar aufgegeben werden muss. GRÜNE und SPD ersetzen den FDP-Antrag durch einen Auftrag an die Verwaltung, den Ratsgremien verstärkt geeignete Grundstücke vorzuschlagen. Den FDP-Vorwurf der „Untätigkeit“ konterte er: Erst kürzlich hat die Stadt drei Grundstücke, darunter in der Franz-Kreuter-Straße in Ehrenfeld, zur Verfügung gestellt. GAG und Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke bieten nun verstärkt freie Wohnungen für Studierende an. Die Stadt betreibt erfolgreich die Werbeaktion „Mein Zuhause in Köln“, die

Wohnungen und Zimmer von Privat an Studierende vermittelt.

Tages- statt Weihnachtsticket

Zuletzt am 13.10.2011 beantragte die CDU ein „Weihnachtsticket“. Damals wurde auf rot-grünen Vorschlag die Prüfung dieses Anliegens beschlossen. KVB-Chef Jürgen Fenske zum Ergebnis: Ein Spezialangebot ist nicht notwendig ist. Die KVB wirbt für das bereits vorhandene Tagesticket: Ob man nun mit bis zu 5 weiteren Begleitpersonen oder alleine fährt, das Tagesticket gilt von 9 bis 3 Uhr

nachts und wird in 5 Preisstufen angeboten, z.B. mit Preisstufe 1b von 7,80 Euro für eine Einzelperson und 11,60 Euro für bis zu fünf Personen für das gesamte Stadtgebiet. Es wird in der Adventszeit von Shopping-Touristen stark nachgefragt. GRÜNE und SPD lehnten den CDU-Antrag als unnötig ab.

Stadtrat bald digital

Sämtliche Sitzungsunterlagen des Rates sollen zukünftig elektronisch bereitgestellt und auch elektronisch bearbeitbar sein. Der Rat beschloss ab Oktober 2014 ein halbjähriges Pilotprojekt zu starten. Auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse soll dann der digitale Betrieb für alle Mandatstragende ermöglicht werden. Mit einem gemeinsamen Zusatzbeschluss wird die Verwaltung beauftragt, ein technologisch vereinheitlichtes Verfahren Plattform-unabhängig im gesamten „Konzern Stadt“ einzuführen.

Am Dom wird's schöner

Der Rat billigte die weitere bauliche Umsetzung zur Verbesserung des Domumfeldes mit einer Gesamtinvestition von 4,4 Mio. Euro. Zudem lässt der Rat weitere Optionen für den Standort eines Fahrstuhls prüfen.

Ausführlichere Infos zu den Ratsentscheidungen: <http://www.gruenekoln.de/ratsfraktion/rat-im-rueckblick-1-oktober-2013.html>

Kölner Ergebnis der Bundestagswahl Warnschuss für GRÜNE

Die schwarz-gelbe Regierungskoalition ist zwar abgewählt, aber ein Politikwechsel mit grüner Beteiligung ist nicht in Sicht. Die Zeichen stehen auf große Koalition, die erfahrungsgemäß überwiegend für Stillstand steht. Das Wahlergebnis am 22. September beschert also trübe Aussichten – nicht nur für die GRÜNEN als Wahlverliererin. Für sie ist dieses Wahlergebnis ein Warnschuss und Grund genug, die Ergebnisse zu analysieren – besonders mit Blick auf die Kommunalwahl 2014.

Im Wesentlichen ist in Köln kein anderer Trend als bundesweit zu erkennen, allerdings ist der Abstand zwischen CDU und SPD geringer und das Ergebnis der GRÜNEN besser als auf Bundesebene. Die Änderung des Wahlrechts, wonach Stimmensplitting nichts bringt, haben taktisch Wählende offenbar bemerkt: Nur 21 % haben Stimmensplitting betrieben, 2009 waren es 30,1 %. Der Briefwahlanteil war in Köln so hoch wie nie: Mehr als ein Drittel nutzten die Brief- bzw. Direktwahl. Er liegt deutlich höher als in anderen Großstädten – abgesehen von München mit 40,8 %. Gewinnerin **CDU** profitierte beim Stimmenzuwachs vor allem von der FDP: 34.600 wechselten zur Union. Das sind 88 % des CDU-Stimmengewinns. Von SPD (500) und GRÜNEN (1.400) holte sie nur wenig. Die CDU ist besonders stark in westlichen und südlichen linksrheinischen Stadtteilen. Aber auch im Kölner Norden liegt ihr Anteil zum Teil bei 34 %. Im Rechtsrheinischen konnte sie in den Stadtrandbereichen zulegen. Die **SPD** holte Stimmen bei den GRÜ-

NEN (9.200), den Linken (5.300) und der FDP (6.100), was in etwa dem Bundestrend entspricht. Sie gewann zudem fast doppelt so viel Nichtwählende wie die CDU. Die SPD ist im Rechtsrheinischen stärker als in der übrigen Stadt, so z.B. mit 42,2 % in Gremberghoven. Bis auf Blumenberg konnte sie in allen Stadtteilen Zuwächse verzeichnen. Vorwiegend dort, wo sie bereits überdurchschnittliche Ergebnisse hatte, konnte sie Zugewinne erzielen. Auffallend ist ihr Zuwachs in der Innenstadt, in dem sie bislang unterdurchschnittlich abgeschnitten hatte.

Die **GRÜNEN** haben Stimmen an alle Parteien verloren – mit Ausnahme der FDP. Hier wechselten 600 von der FDP zu den GRÜNEN. Abweichend vom Bundestrend verloren die GRÜNEN in Köln an die Linke, im Bund ist es umgekehrt. Nach wie vor sind die GRÜNEN in ihren Hochburgen Innenstadt und innenstadtnahe Viertel stark, erlitten aber dort ihre größten Verluste. Der höchste Verlust ist in Neustadt-Süd mit 7,3 % zu verzeichnen, gefolgt von Neustadt-Nord (-6,8), Nippes (-6,0) und Ehrenfeld (-5,7).

Die **FDP** hat ausnahmslos an alle anderen Parteien Stimmen verloren – in Köln insgesamt 45.488 Zweitstimmen.

Auch die Linke erlitt in Köln Verluste. Sie verlor 5.300 Stimmen an die SPD, 700 an die AfD und 1.000 wurden zu Nichtwählenden. Der AfD gelang es in Köln deutlicher als bundesweit Nichtwählende zu mobilisieren. Die Rechtsextremisten (pro Deutschland, Die Rechte) blieben in Köln völlig bedeutungslos. *jf*

Mehr Eigenverantwortung

Anreize für wirtschaftlich erfolgreiches Agieren, mehr Eigeninitiative und Eigenverantwortung möchte die GRÜNE Ratsfraktion der KölnMusik GmbH einräumen. Die städtische Gesellschaft managt unter Führung von Intendant Louwrens Langevoort die Kölner Philharmonie. Im Finanzausschuss liegt dazu ein rot-grüner Antrag vor. Demnach soll die Gesellschaft erwirtschaftete Überschüsse behalten dürfen, aber auch Verluste selbst ausgleichen müssen. Darüber soll eine Leistungsvereinbarung mit der Stadt geschlossen werden. Dieses Verfahren soll in einer mittelfristigen Finanzplanung über drei Jahre erfolgen und in 2015 evaluiert werden. Bislang musste KölnMusik erwirtschaftete Überschüsse an den Stadthaushalt abführen und die Stadt überplanmäßige Verluste tragen. KölnMusik erhält jährlich einen Haushaltszuschuss. In 2012 erhielt sie 4,692 Mio. Euro. Das Geschäftsjahr 2012 schloss sie mit 3,851 Mio. Euro Verlust ab. Das so verbesserte Ergebnis von 841.000 Euro verbleibt nun im Unternehmen. Mit diesem Modell übernimmt die Philharmonie unter den städtischen Kulturbetrieben eine Vorreiterrolle. GRÜNE und SPD möchten dies auch bei weiteren städtischen Kultureinrichtungen anwenden.

Kulturförderabgabe

Die rot-grüne Ratsmehrheit hat im Dezember 2012 die Kulturförderabgabe der aktuellen Rechtsprechung angepasst. Die alte Satzung sah auch die Besteuerung von beruflich bedingten Übernachtungen vor. Dies ist aufgrund des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts nicht möglich. Der Kölner Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA) fordert die auf Basis der alten Satzung gezahlte Kulturförderabgabe für alle Hoteliers zurück, d.h. auch für diejenigen, die nicht gegen die Stadt geklagt haben. Die Abgabe wurde von der Stadt aber nur im 4. Quartal 2010 erhoben. Eine Erstattung unrechtmäßig erhobener Abgaben darf aber nur an die klagenden Hotelbetreibenden erfolgen. Auszahlungen ohne rechtliche Verpflichtung darf die Stadt laut § 130 Abgabenordnung und dem kommunalen Haushaltsrecht nicht vornehmen. Die DEHOGA erklärt zwar erstmals, „die Möglichkeit einer Kulturförderabgabe“ anzuerkennen, ist aber offensichtlich an einer Konflikt-Befriedung nicht interessiert.

Bundestagswahl 22. September 2013 Wahlergebnisse aus Köln

Partei	Ergebnis 2013		Ergebnis 2009		Veränderung in %	
	Zweitstimmen	Erststimmen	Zweitstimmen	Erststimmen	Zweitstimmen	Erststimmen
CDU	171.389	188.629	132.283	159.025	6,1	4
SPD	154.734	191.859	126.700	171.228	4,1	2,1
GRÜNE	73.393	63.806	88.310	71.622	-3,8	-2,3
DIE LINKE	42.043	33.587	44.508	37.140	-0,9	-1,1
FDP	31.276	12.607	76.764	44.890	-9,6	-6,7
AfD	18.387	7.716				
Piraten	13.248	11.199	9.697		0,6	
andere	14.919	8.810	14.012	6.990		
gültige Stimmen	519.389	518.213	492.274	490.895		

Quellen: Kölner Statistische Nachrichten 3/2013

Gleichstellungsdialog



Der Kölner Stadtrat ist 2011 der „Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“ beigetreten (www.stadt-koeln.de/2/frauen/08802).

Über zwei Jahre dauerte es, bis das Konzept für die erste Dialogveranstaltung stand und die Finanzierung gesichert war. Die frauenpolitische Sprecherin der GRÜNEN Ratsfraktion hat zusammen mit der Frauenbeauftragten der SPD-Ratsfraktion in zahlreichen Sitzungen mit der Verwaltung die Entwicklung intensiv begleitet und letztendlich erst möglich gemacht.

Am 29. Oktober 2013, von 13:30 bis 18:30 Uhr, laden Oberbürgermeister Jürgen Roters und das Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern zum „1. Dialog zur Europäischen Charta für die Gleichstellung“ in das Kölner Rathaus, Spanischer Bau, ein.

Drei Themen stehen im Fokus: Geschlechterspezifische Gewalt, Sicherheit von jungen Erwachsenen sowie Städtepartnerschaften und internationale Kooperationen. Ziel des Dialogs von Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Stadtverwaltung, Expertinnen und Experten mit der Stadtgesellschaft ist die Ausgestaltung des Aktionsplans und



Foto: Stadt Köln

25.10.2013 um 13.30 Uhr im Kölner Rathaus: 1. Dialog zur Europäischen Charta für die Gleichstellung.

die Festlegung konkreter Maßnahmen zur Verbesserung der Geschlechtergerechtigkeit in Köln. *kr*

U3-Tagespflege



Foto: Souza / phello.de

Eine bessere städtische Bezuschussung der Kinder-Tagespflege ist richtig. Denn ein qualitatives Betreuungsangebot für die Kleinsten ernstnehmen, heißt auch, die Betreuenden vernünftig zu honorieren. Bisher wurde in Köln die Tagespflege mit 3,50€ pro Stunde und Kind von der



Foto: Rainer Sturm / phello.de

Stadt bezuschusst. Dieser geringe Betrag führte dazu, dass die Tagespflegeeltern von den Eltern aufstockende Beiträge verlangten, die diese neben dem regulären städtischen Elternbeitrag zahlen mussten. Dies ist eine sehr hohen Belastung. In vielen Fällen werden diese Betreuungsplätze abgelehnt. Auch deshalb sind in Köln 738 Kindertagespflegeplätze unbesetzt. Viele Eltern schrecken diese hohen Kosten ab. Es führt auch zu Ausgrenzung, weil sich Eltern diese Betreuungsplätze nicht leisten können. Tagespflege ist aber ein wichtiges weiteres Betreuungsangebot auf dem Weg zu einem bedarfsgerechten U3-Ausbau. Die neuen Zuschüsse, die nun ab dem 01.11.13 gelten sollen, liegen bei 5€ pro Kind und Stunde bzw. 5,50€ für Tagespflegeeltern, die eine Wohnung zur Betreuung der Kinder angemietet haben. Dies stellt eine angemessene Bezahlung sicher und macht zugleich Tagespflege attraktiver. Dieses Ziel verfolgen die GRÜNEN seit langem. Das Sozialrecht (SGB XIII) sieht eine Zuzahlung der Eltern an die Tagespflegepersonen nicht vor. Dies ist ein weiterer wichtiger Grund für den aktuellen Ratsbeschluss. Nach Auffassung des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht e.V. (DIJuF) ist die Zuzahlung sogar rechtswidrig. Private Zuzahlung für

öffentlich geförderte Kindertagespflege kann juristisch sogar dazu führen, dass dieser Platz nicht mehr als Platz im Sinne des Rechtsanspruchs auf U3-Betreuung gilt. *kj*

Investition in Kunstrasen



Foto: Rainer Sturm / phello.de

In Köln gibt es 23 Kunstrasenplätze, die vorwiegend durch Umwandlung von alten Tennenplätzen entstanden. Fünf weitere Anlagen sind bereits in

Planung. Der Sportausschuss hat nun eine Prioritätenliste für die Jahre 2013 bis 2017 beschlossen. 16 weitere Kunstrasenplätze werden in den Bezirken Mülheim, Nippes, Ehrenfeld, Porz, Kalk, Rodenkirchen und Chorweiler geschaffen.

Viele Vereine und Schulen möchten vor allem Kunstrasenplätze, da sie von vielen Sporttreibenden deutlich bevorzugt werden. Für die GRÜNE Ratsfraktion hatte daher eine gerechte Verteilung der zukünftigen Kunstrasenplätze eine hohe Bedeutung. Kriterien waren u.a. der bauliche Zustand der Altanlagen, Anzahl der Jugend- und Frauenmannschaften sowie eine ausgeprägte Mischnutzung der Anlagen von Vereinen, Schulen und Jugendeinrichtungen. Erwartungsgemäß sind nicht alle Vereine und Bezirke mit der finalen Prioritätenliste zufrieden. Die GRÜNE Ratsfraktion hat die intransparente Gewichtung der einzelnen Kriterien kritisiert und für die nächsten Entscheidungen vom Sportamt eine bessere Nachvollziehbarkeit eingefordert. Gleichwohl bietet die jetzt beschlossene Prioritätenliste eine gute Grundlage. In 2013 sind bereits die Planungsbeschlüsse für die Plätze von SuS Nippes 12, Schwarz-Weiß Köln, Germania Mülheim/Viktoria Buchheim umgesetzt. *mr*

Städtepartnerschaft Köln – Wolgograd

Rat unterstützt Schwule, Lesben und Transidente

Lesben, Schwule und Transidente haben in Osteuropa deutlich weniger Rechte und unter einer homophoben Stimmung zu leiden als in den gemeinhin als westlich bezeichneten Staaten. Besonders hart trifft es sie in der Russischen Föderation. Am 9. Mai kam es in Kölns Partnerstadt Wolgograd zu einem besonders grausamen Foltermord. Wladislaw Tornowoj wurde - nachdem er von seinem Schwulsein erzählt hatte - von seinen Bekannten gefoltert und anschließend erschlagen. Die homophobe Gesetzgebung in Russland ist der Nährboden, der in letzter Zeit vermehrt zu Übergriffen und Selbstjustiz auf Lesben, Schwule und Transidente führt.

Nachdem der LSVD Köln aus diesem Grund in einer Online-Petition zum Aussetzen der Städtepartnerschaft Kölns mit Wolgograd aufgerufen hat, haben sich auf Initiative der GRÜNEN vier Ratsfraktionen – SPD, CDU, GRÜNE und FDP - für einen gemeinsamen Antrag in der Ratssitzung am 1. Oktober entschieden:

Zum ersten sollen Rat und Verwaltung im Rahmen der Städtepartnerschaft das Gespräch mit den politisch Verantwortlichen in Wolgograd suchen. Dabei soll die Sorge über die Situation der Lesben, Schwulen und Transidenten in Wolgograd zum Ausdruck gebracht werden und die Erwartung, dass die Verantwortlichen in Wolgograd ein Zeichen gegen Homo- und Transphobie setzen. Zum zweiten sollen Rat und Verwaltung gemeinsam mit der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule, Transgender den Kontakt und den Austausch mit den Menschenrechts- sowie LSBT-Gruppen in Wolgograd fördern. Der Partnerschaftsverein Köln-Wolgograd soll dabei mit eingebunden werden.

Aufgrund der Erfahrungen, die der Kölner Rat mit ihrem rumänischen Stadtpartner Cluj (Klausenburg) und deren

zeitweiliger rechtspopulistischer Stadtregierung gemacht haben, lehnen die Antragstellenden das Aussetzen oder den Abbruch städtepartnerschaftlicher Beziehungen ab. Zum einen, weil die Kommunen nicht Teil der staatlichen Außenpolitik sind. Zum anderen, weil in Krisenzeiten die Stützung von demokratischen Kräften, die mit Köln gemeinsame europäische Werte pflegen, umso wichtiger ist.

Beim lesbisch-schwulen Sportfest Outgames im August 2013 in Antwerpen kamen russische Sportler auf die Kölner Sportler zu, überreichten ihnen Merchandising-Produkte der kommenden Olympiade in Sotschi und sagten: „Kommt und besucht uns. Boykottiert die Spiele nicht! Kehrt uns nicht den Rücken zu, wir brauchen jetzt Eure Unterstützung.“ Das gilt auch für die Städtepartnerschaft mit Wolgograd!

Andreas Wolter



Foto: privat

World Outgames 2013 in Antwerpen: Igor Shukarev aus Russland und Andreas Wolter aus Köln nach der Siegerehrung des Hochsprungwettbewerbs. Outgames sind ein Sport- und Kulturfestival von und für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transidente.

Impressum

Herausgeberin/Verlegerin: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat, Rathausplatz 1, 50667 Köln

Tel.: (0221) 22125919; **Fax:** (0221) 22124555
Mail: gruene-fraktion@stadt-koeln.de

Redaktion: Jörg Frank (ViSdP), Barbara Moritz

Autoren & Autorinnen dieser Ausgabe:

Jörg Frank (jf), Ossi Helling (oh), Ignatz Igel (ii), Kirsten Jahn (kj), Barbara Moritz (bm), Kirsten Reinhardt (kr), Manfred Richter (mr), Andreas Wolter (aw)

Realisation: Einblick Verlag Köln, Tel. 0221 / 510 65 50,

Bezug: kostenlos

Erscheinungsweise: 10 mal jährlich
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 20.09.2013
Die nächste Ausgabe erscheint am 17.12.2013

Rathaus Ratlos im Internet

www.gruenekoeln.de ,

Technische Realisation: Regina Kobold

E-mail: regina.kobold@stadt-koeln.de

FRAKTIONSGESCHÄFTSSTELLE

Bündnis 90 / Die Grünen im Kölner Rat

Rathaus - Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln

Tel.: 0221 / 22125919 oder 22125920

E-Mail: gruene-fraktion@stadt-koeln.de

Öffnungszeiten: mo bis fr 9 – 12 Uhr;

mo, di, do 13 – 16 Uhr; mi 13 – 19 Uhr

Fraktionsvorstand: Vorsitzende: **Barbara Moritz**; 1. stellv. Vorsitzender u. Geschäftsführer: **Jörg Frank**; 2. stellv. Vorsitzende: **Birgitta von Bülow**; Vorstandsmitglieder: **Kirsten Jahn, Andreas Wolter und Bürgermeisterin Angela Spizig.**

Fraktionssitzung (Mittwochskreis):

In der Regel mittwochs um 19:00 Uhr im spanischen Bau des Rathauses, Saal A15a, Erdgeschoss.

BÜRGERMEISTERIN

Angela Spizig

Tel.: 0221 / 22126063, **Fax:** 0221 / 22126064

Mail: angela.spizig@stadt-koeln.de

Referent: Christoph Goormann

Mail: christoph.goormann@stadt-koeln.de

ARBEITSKREISE

Die Fraktionsarbeitskreise tagen in der Regel während der Sitzungszeit monatlich im Fraktionsbüro, Rathaus Spanischer Bau, Rathausplatz 1. Die aktuellen Termine erfahren Sie entweder telefonisch (22125919) oder per eMail (gruene-fraktion@stadt-koeln.de). Im folgenden die Übersicht der verantwortlichen Ratsmitglieder (Sprecher & Sprecherinnen) für die jeweiligen Politikbereiche:

Bauen:

Finanzen:

Frauen:

Gesundheit:

Jugendhilfe:

Kultur:

Liegenschaften:

Rechnungsprüfung:

Schule & Bildung:

Soziales:

Sport:

Stadtentwicklung:

Stellenplan/Personal:

Umwelt:

Verkehr:

Verwaltung:

Wirtschaft:

Queer-AK:

Gerd Brust

Jörg Frank

Kirsten Reinhardt

Stefan Peil

Kirsten Jahn

Brigitta von Bülow

Manfred Richter

Manfred Waddey

Horst Thelen

Ossi Helling

Elisabeth Thelen

Barbara Moritz

Brigitta von Bülow

Matthias Welpmann

Bettina Tull

Andreas Wolter

Jörg Frank

Andreas Wolter

& Elke Hausner

ABO?
Rathaus Ratlos KOSTENLOS!

Es gibt zwei Möglichkeiten:

1. **E-Mail an gruene-fraktion@stadt-koeln.de**

2. **oder Postkarte an: GRÜNE im Kölner Rat, Rathausplatz 1, 50667 Köln**

Bitte geben Sie an, ob Sie per Post die Printausgabe oder eine PDF-Datei als E-Mail erhalten wollen.



Foto: Oliver Mestert

Rheinparkcafé

Sanierung endlich starten!

Mit den Bauarbeiten zur Sanierung des Parkcafés im Rheinpark könnte nun endlich begonnen werden. Die Verwaltung hat den Ausschüssen eine Beschlussvorlage zur Investitionsauszahlung vorgelegt, die aber von der FDP im Sozialausschuss angehalten wurde. Damit droht, dass sich der Beschluss völlig unnötig verzögert. Die Arbeiten am denkmalgeschützten baufälligen Gebäude dulden keinen weiteren Aufschub.

Der Rat soll nun dafür als erste Tranche 150.000 Euro Investitionsmittel freigeben. Insgesamt werden 2,72 Mio. Euro investiert. Die Haushaltsfinanzierung ist gesichert. Seine Sanierung wurde im Bürgerhaushaltsverfahren 2008 auf Rang 11 gesetzt und vom Rat beschlossen.

Nachdem die seit 2003 erfolgte Suche nach Privatinvestoren für das Gebäude zu keinem Ergebnis führte, beschloss der Wirtschaftsausschuss, die Sanierung mit Hilfe des Beschäftigungsför-

derprogramms „Win-Win für Köln“ voranzubringen. So werden Firmen bei Baumaßnahmen zum Einsatz kommen, die arbeitslose Jugendliche und langzeitarbeitslose Erwachsene qualifizieren und beschäftigen. Nach Fertigstellung soll der Betrieb des Cafés mit dem Ziel ausgeschrieben werden, einen erfahrenen Betreiber zu finden, der als Teil seines Betriebskonzepts auch die Qualifizierung und Integration von arbeitslosen Jugendlichen und Langzeiterwerbslosen ermöglicht. Denn in der Gastronomie bestehen gute Vermittlungschancen.

Das Parkcafé wurde zur Bundesgartenschau 1957 erbaut. Seine nun für Anfang 2016 geplante Wiedereröffnung als Ganzjahresbetrieb stößt schon jetzt auf großes Interesse. Es wäre für Erholungssuchende, aber auch die zahlreich in der Nähe Arbeitenden, wie z.B. von RTL, Talanx- und Lanxess-Konzern, eine attraktive Adresse. *Jörg Frank*

Termine

Samstag, 12. Oktober, 11.30 Uhr
GRÜNE KreisMitgliederversammlung
Konsequenzen aus der Bundestagswahl
Humboldt-Gymnasium, Kartäuserwall 40

Montag, 4. November, 19 Uhr
Innenentwicklung oder neue Quartiere?
Architekturforum Rheinland
Domforum, Domkloster 3

Samstag, 16. November, 11.30 Uhr
GRÜNE KreisMitgliederversammlung
Kommunalwahlprogramm 2014
Humboldt-Gymnasium, Kartäuserwall 40

Samstag, 7. Dezember, 11.00 Uhr
GRÜNE KreisMitgliederversammlung
Wahl der Stadtratsliste
VHS-Forum, Cäcilienstraße 29

Dienstag, 17. Dezember, 14 Uhr
Ratssitzung
Rathaus, spanischer Bau

Postvertriebsstück G 7006 Entgelt bezahlt

Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat, Rathausplatz 1, 50667 Köln

Ratsreporter Ignatz Igel



Aufgespießt

Die Kölner CDU als Ökofreaks? Der erste Blick trügt. Der jüngste CDU-Ratsantrag, wonach Elektrofahrzeuge auf allen von der Stadt bewirtschafteten Parkplätzen in Köln kostenlos parken dürfen sollen, hat mit Öko so wenig am Hut, wie das CDU-Programm mit der Bibel. Warum müssen überhaupt Parkgebühren gezahlt werden? Der Grund ist einfach: Öffentlicher Raum in Köln ist ein sehr knappes Gut – vor allem im Straßenraum. Wer diesen nutzen möchte, muss dafür zahlen. Das gilt für Außengastronomie, Werbung und Verkaufsstände genauso wie für Autos. Nicht zuletzt lassen sich mit intelligenter Parkraumbewirtschaftung auch verkehrslenkende Effekte erzielen, z.B. die Nutzung der teils unzureichend ausgelasteten City-Parkhäuser. Ob nun Fahrzeuge mit Diesel, Benzin, Gas oder Strom fahren, ist im Hinblick auf die Nutzung des öffentlichen Raums völlig belanglos.

Abgesehen davon ist die von der CDU aufgemachte Ökobilanz mehr als zweifelhaft, solange Strom noch in relevantem Umfang von Kohle- und Atommeilern erzeugt wird. E-Mobilität ist nicht die Schlüsseltechnologie zur umweltgerechten Lösung der Mobilität in verdichteten Städten. Mehr Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr, in Radwege und in die Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raums sind entscheidend. Dafür ist gezielte Förderung von Stadt, Land und Bund notwendig. Denn hier geschieht seit langem viel zu wenig. Investitionen in E-Mobilität sind hingegen Angelegenheit der Herstellenden. Dass Städte wie Köln die Ansiedlung von E-Tankstellen unterstützen, versteht sich von selbst. Im Übrigen leisten die von der Stadt unterstützten Projekte von „Smart City Cologne“ einen Beitrag „für ein umweltbewusstes urbanes Leben“. Der Schlüssel ist aber die - auch lokale - Förderung der Energiewende durch erneuerbare Energien, Energieeinsparung und Energieeffizienz.